

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüß, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Brederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halber i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr 43

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halber

Donnerstag, den 20. Februar.

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitungsbild im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* In einer amtlichen Erklärung gibt nunmehr die Reichsregierung bekannt, daß im Kabinett eine Einigung darüber zustande gekommen ist, in den Etat für 1930 keinerlei Rate für das verschiedentlich angeregte „Panzerkreuz B“ einzusetzen.

* Die Leiche des in Belgrad verstorbenen deutschen Gesandten Dr. Köster wird nach Hamburg übergeführt und dort unter entsprechenden Feierlichkeiten beigesetzt werden.

* Auf dem Arbeitsmarkt ist in der letzten Berichtswoche eine weitere Steigerung der Erwerbslosen zu verzeichnen.

* Durch eine furchtbare Explosion wurden in einer Alkoholraffinerie im Staate New Jersey fünf Personen getötet und mehr als 60 Personen so schwer verletzt, daß viele von ihnen erblinden dürften.

Die Bedeutung des Handwerks.

Vor kurzem ist aus Ministermund die Äußerung gefallen, daß sich heutzutage nur durchzusetzen vermag, politisch oder wirtschaftlich, wer „Exponent einer Partei“ ist. Wer also hinter sich eine straff zusammengeglichene, tiefgegliederte, große Organisation hat. Das ist zwar nicht unbedingt, aber doch zum Teil und tatsächlich richtig, wenigstens aber doch auch allerhand Persönliches dazu gehört, es bis zum Exponenten einer Partei zu bringen. Vor allem aber muß man dieses Wort von einer andern Seite her ansehen: politisch und wirtschaftlich kann man sich heutzutage auch kaum durchsetzen ohne straffe, große Organisation. Der einzelne bleibt oft erfolglos, reißt sich nur allzu häufig auf im Wirtschaftskampf — viel zu oft wenigstens. An die Stelle des früheren „freien Wettbewerbes“ setzt sich immer mehr der Gedanke freiwilliger Organisation durch, um in g e m e i n s a m e r S t r a f f t e i l e n g e m e i n s a m e r W i r t s c h a f t l i c h e n T a t k r a f t V e r e i n i g u n g d e r E i n z e l k r a f t e n s t a r k e r w i r k e n z u k ö n n e n. Freilich überschlägt sich dieser Organisationsgedanke bisweilen zu einer Unterschätzung der Persönlichkeit und ihres Wertes.

So war es — auf dem Boden der Wirtschaft — zuerst bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Industrie, dann folgte die Landwirtschaft, folgte eine Organisationsaufteilung in der Industrie, im Großhandel, in den Verkehrsberufen. Zuletzt kam der Mittelstand, namentlich das Handwerk. Vor zehn Jahren kam es zusammen im Reichsverband des Deutschen Handwerks, der jetzt seine Tagung abhält, kam also spät zusammen — aber noch nicht zu spät.

Wie oft hat man dem Handwerk den mehr oder weniger baldigen Untergang prophezeit, ihm eingehend geschildert, wie es zerrieben werden würde vom industriellen Betrieb. Von der Maschinen-, der Massenproduktion, die unter Vernachlässigung der Individualbedürfnisse sozusagen eine Uniformierung und entsprechende Befriedigung der Lebensbedürfnisse schaffen will. Vom „laufenden Band“, das die mühselige Kleinarbeit des Handwerks bald beiseitestoßen würde. Demgegenüber hat dies selbe Handwerk und der gewerbliche Mittelstand einen überaus zähen Lebenswillen bewiesen, hat dadurch, daß es am Leben blieb, sich energisch wehrte, sich vor allem organisierte, doch wohl vor aller Augen bewiesen, daß es volkswirtschaftlich nach wie vor existenzberechtigt ist. Freilich sieht es sich auch wieder nur allzuoft genötigt, die Stofkraft seiner Organisation einzusetzen gegen alle, leider nur allzuoft und trotz dem glücklichen Versuche, den Mittelstand in Handel und Gewerbe schlechter zu behandeln als andere Wirtschaftszweige. Das gilt vor allem für das Gebiet der Steuerpolitik. Und man braucht nur das Wort „Realsteuern“ in den Mund zu nehmen, um im Handwerker ein stille oder laute, überall aber berechnete Wut auszulösen.

Das Handwerk will nicht, daß man es bevorzugt; es weiß zu genau, daß gerade ihm die volkswirtschaftliche Aufgabe gestellt ist, ein Bindeglied zu sein zwischen den beiden Polen, zwischen Industrie und Landwirtschaft. Hier wie dort kriegt es, in der Mitte stehend, die Krisenerscheinungen deutlich genug zu spüren und namentlich der Handwerker in den kleineren und mittleren Städten weiß ein bitteres Lied davon zu singen, was es heißt, wenn „der Bauer kein Geld hat“. Und gewaltige Teile der Industrie wären heilfroh, wären schnell aus der Krise heraus, wenn die Landwirtschaft ihre frühere Kaufkraft noch besäße.

Es ist eine längst veraltete Ansicht, daß der Gesamtwirtschaftskomplex eines Volkes nichts anderes sei als die Summe der Einzelwirtschaften dieses Volkes. Er ist vielmehr zu einem Organismus mit selbständigem Leben, eigenen Zielen geworden, zusammengefaßt aus sich als Verbundenen Teilen, mit unzähligen Verbindungen und Verbindungen nach allen Seiten hin. Dabei hat das Handwerk noch eine besondere, eine eigenartige sozialpolitische Aufgabe, deren Wichtigkeit auf der Tagung des Deutschen Handwerks deutlich erkannt und entsprechend betont wird. Im Handwerk ist der soziale Unterschied zwischen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ nicht so stark ausgeprägt wie in der Industrie, ist die Zusammenarbeit von Meister, Geselle, Arbeiter und Lehrling gewöhnlich recht eng. Das führt zu Milderungen der sozialen Gegensätze, zu Lösungen in dem heute häufig übertrampften Gegeneinander von „Kapital und Arbeit“. Hier, in dieser Betriebsart, ist es am ersten möglich, das Gefühl für das zu schaffen, was man mit einem viel mißbrauchten Wort als „Betriebsgemeinschaft“ bezeichnen kann, also als eine Schicksalsverbundenheit auch im kleinen.

Vieles hat sich geändert und überall sind die Dinge wirtschaftlich im Fluß, in dem es an Klappen und Stromschnellen durchaus nicht mangelt. Das deutsche Handwerk hat bewiesen und wird beweisen, daß es in diesem Fluß zu schwimmen gelernt hat.

Dr. Schachts Stellung

Die Unabhängigkeit der Reichsbank.

Reformverhandlungen.

Nach Abschluß der vertraulichen Verhandlungen in den vereinigten Reichstagsausschüssen für Haushalt und Auswärtige Angelegenheiten gingen die Auseinandersetzungen über die beabsichtigte Novelle zum Reichsbankgesetz, die sich infolge der wiederholten Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in letzter Zeit besonders verwickelt gestaltet, weiter. Staatssekretär Dr. Trendelenburg legte als Hauptpunkte der Reichsbanknovelle den Wegfall der ausländischen Kontrollorgane, die Unabhängigkeit der Reichsbank und die Aufrechterhaltung der Münzgleichheit dar. In der Diskussion erhob der sozialdemokratische Abgeordnete Heinig besonders starke Angriffe gegen Dr. Schacht und bezeichnete dessen Rede bei der jüngsten Schaffermahlzeit in Bremen als unerträglich. Die Geschäftsführung der Reichsbank müsse wieder der Kontrolle des Rechnungshofes unterstellt sowie das Statut der Goldkreditbank grundlegend geändert werden.

Nach Unterbrechung der Verhandlungen bis Mittwoch sagte Abg. Dau von der Deutschen Volkspartei, seine Freunde widersetzten sich jedem Versuch, an der Unabhängigkeit der Reichsbank zu rütteln. Diese Unabhängigkeit sei notwendig, um das Institut, das über die Festigkeit der Währung zu wachen habe, zu sichern.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg war der Meinung, die Änderung des Goldkreditbankgesetzes wolle die Steuerfreiheit dieses Institutes abschaffen, die unter ganz anderen Bedingungen gewährt worden sei, als wie sie sich heute darstelle. Von kommunistischer Seite werden die großen Bezüge des Reichsbankpräsidenten bemängelt. Abg. Dr. Reinhold von den Demokraten meinte, der Streit um die Reichsbank sei zum großen Teil eine Personenfrage. Jedermann wünsche die Unabhängigkeit der Reichsbank von der Regierung zu erhalten, aber in großen Fragen sei das Miteinanderarbeiten der beiden Instanzen unbedingt notwendig. Dinge, wie sie sich vor Weihnachten abgespielt hätten, dürften sich nicht wiederholen. Die Rechte des Reichsbankpräsidenten verteidigte der deutschnationale Abgeordnete Herget und wünschte einige Änderungen in dem jetzt vorliegenden neuen Statutentwurf für die Reichsbank.

Ein Zwischenfall Wirth — Freitagsh-Loringhoven.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen kam es zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen dem Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth und dem deutschnationalen

Abg. von Freitagsh-Loringhoven. Dr. Wirth hatte erwähnt in einem Teil der Reichspresse werde über die vertraulichen Ausschussverhandlungen unter Hinzuziehung persönlicher Differenzen in einer Weise berichtet, die nicht länger ertragen werden könne. So wäre gesagt worden, Ministerialdirektor Gaus hätte im Gegensatz zu Dr. Wirth Ausführungen des Abgeordneten von Freitagsh-Loringhoven zur Sanktionsfrage bestätigt. Das sei nicht der Fall gewesen. Diese Art der Berichterstattung schädige die Reichsinteressen. Es müsse ein Abgeordneter gewesen sein, der solche Details aus der Debatte nach außen getragen habe. Abgeordneter v. Freitagsh-Loringhoven beschwerte sich über die Form, die Dr. Wirth gewählt habe, und verlangte, der Vorsitzende müsse ihn zur Ordnung rufen. Das lehnte dieser ab und es gewann den Anschein einer erregten Auseinandersetzung zwischen Freitagsh-Loringhoven und Dr. Wirth.

Es fiel dabei der Ausdruck von Freitagsh-Loringhoven in Bezug auf Dr. Wirth, dieser habe sich „wie ein Primaner benommen“. Dr. Wirth bezeichnete Freitagsh-Loringhovens Auftreten als eine „Viberei“, die von einem deutschen Universitätsprofessor herrühre. Der Vorsitzende, Abgeordneter Seimann (Soz.), unterbrach die Sitzung und ließ die übliche Mittagspause eintreten.

Wünsche der Freien Gewerkschaften.

In Berlin hat nach zweitägiger Besprechung der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Entschließung zur Frage der Arbeitslosenversicherung gefaßt. Die Entschließung erhebt Widerspruch gegen die Versuche, unter Berufung auf die Finanznot des Reiches den Staat dazu zu veranlassen, seine sozialen Verpflichtungen hintanzustellen und damit die sozialen Einrichtungen zu gefährden. Sowohl der Gedanke der Gefahrengemeinschaft wie der einer Beschaffung der nötigen Mittel für die Arbeitslosen durch Darlehen der anderen Versicherungen seien scharf zurückzuweisen.

Zur Behebung der Finanznot

empfehlte der Ausschuss das schon erwähnte Notopfer als prozentual festzusetzenden Anteil der Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen. Mit dem Abschluß der Reparationsverhandlungen sei Klarheit geschaffen über Deutschlands finanzielle Verpflichtungen. Folglich müsse ein planmäßiger Aufbau des deutschen Finanzsystems erfolgen. Die Freien Gewerkschaften protestieren gegen jede Verschiebung der Lastenverteilung zugunsten der minderbemittelten Klassen. Empfohlen werden alsbaldige Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Vereinfachung der Verwaltung mit dem Ziel der Schaffung des Einheitsstaates und sofortiger Umbau des Steuersystems.

Furchtbare Folgen einer Explosion

Drei Explosionen in einer Alkoholraffinerie.

5 Personen getötet, 63 schwer verletzt.

In Elizabeth im Staate New Jersey sind bei einer Explosion in der Alkoholraffinerie der Standard Oil Company Fünf Personen getötet und 63 schwer verletzt worden. Unmittelbar nach der Explosion brach ein Feuer aus. Von dem Gebäude stürzten zwei Stockwerke ein.

Die Ärzte des Krankenhauses, in das die 63 Verletzten gebracht wurden, erklärten, bei der Mehrzahl der Verletzten seien die Brandwunden so schwer, daß nur wenige mit dem Leben davontkommen und daß die meisten von diesen erblinden dürften. Vor dem Eingang des Krankenhauses, wo die Angehörigen der Verletzten auf Nachrichten warteten, spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Explosion auf

das Platzen eines Hochdruck-Naphthagasrohrs zurückzuführen ist. Die Gase entzündeten sich und brachten einen Alkoholkessel zur Explosion, von dem sich ein wahres Flammenmeer nach allen Seiten hin ausbreitete. Im Augenblick der Explosion fand gerade Schichtwechsel statt, wodurch sich die Zahl der Opfer erhöhte. Die unverfehrt entkommenen Augenzeugen der Katastrophe erklärten, daß drei Explosionen

rasch aufeinanderfolgten. Die Alkoholdämpfe zerstäubten sich nach allen Richtungen hin und entzündeten sich dann, so daß Flammen in schlangenhaften Bewegungen den ganzen Raum erfüllten. Für die im Raum befindlichen Personen war ein Entrinnen nur durch Zufall möglich.

Als sich die Geretteten umblühten, sahen sie, wie zahlreiche Arbeiter, ganz in Flammen gehüllt, aus dem Gebäude stürzten, völlig geblendet in die Stahlschmelzräume liefen, die das Fabrikgebäude umgeben, und dort hängenblieben. Die Explosionen erfolgten mit solcher Gewalt, daß 20 Zimmerleute und Maurer von einem in der Nähe befindlichen Baugerüst auf die Erde geschleudert wurden.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Der gestrichene Panzerkreuzer „B“.

Zu der Streichung der anfänglich im Reichsetat für 1930 geforderten ersten Rate für das Panzerschiff „B“ wird folgende amtliche Erklärung abgegeben: „Der Presse ist es bekannt, daß in der letzten Sitzung des Reichskabinetts eine Einigung dahin zustande gekommen ist, daß eine Rate für das Panzerschiff „B“ in den Etat für 1930 nicht eingesetzt wird. Die Gründe hierfür sind in der Finanznot zu erblicken, die es in diesem Jahre unmöglich macht, den Posten für das Panzerschiff „B“ in Ansatz zu bringen. Ebenso ist es deshalb nicht möglich, einem Beschluß des Reichstages vom 18. Juni 1929 nachzukommen, wonach umgeben ein langfristiges Programm für den Ersatzbau der Flotte aufzustellen sei. Dieses Programm wird im Voranschlag des Jahres 1931 vorgelegt werden und auf eine Reihe von Jahren verteilt die Ersatzbauten festlegen. Hierbei wird auch der Ersatzbau von Linien Schiffen vorgesehen sein.“

Das beschlagnahmte Kommunistenmaterial.

Die genaue Durchsicht des im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin beschlagnahmten Materials hat ergeben, daß sich darunter zahlreiche Broschüren und Flugblätter befinden.

die auf Grund der Beschlüsse verschiedener Gerichte der Beschlagnahme unterliegen. Daneben wurden Druckschriften und Flugblätter sowie sonstige Aufzeichnungen gefunden, die der Verletzung der Reichswehr und der Schutzpolizei dienen sollten. Andere Schriftstücke beziehen sich auf die Vorbereitung zur Illegalität der Kommunistischen Partei und auf die Fortführung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes. Außerdem wurde Material der Deutschnationalen Volkspartei aus den Jahren 1926/27 vorgefunden und beschlagnahmt, das offenbar einem Mitglieder dieser Partei abhandlungsgeliefert ist.

Spanien.

Erklärungen der Regierung.

Eine von der Regierung veröffentlichte Erklärung besagt, die Regierung werde sich in dem Wunsche, die geordnete Ordnung herzustellen, bemühen, dem Ansehen der Rechtsprechung wieder Geltung zu verschaffen, die Bürgerrechte sicherzustellen und die individuelle und soziale Arbeit in einer Atmosphäre des Friedens zu gewährleisten. Die Regierung sei der Ansicht, daß sich gewalttätige Maßnahmen nicht mit den Rechten und der Freiheit der Bürger vereinbaren lassen. Sie werde sich auch bemühen, die schwebenden wirtschaftlichen Probleme durch Einschränkung der übertriebenen Ausgaben zu lösen. Sie werde es sich auch angelegen sein lassen, bessere Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu schaffen.

Das Echo der französischen Ministerkrise.

Die Stellung der französischen Presse zur Kabinettskrise läßt sich dahin zusammenfassen: Die Linkspresse stellt fest, daß das Kabinett Lardieu durch eine klar linksgerichtete Mehrheit gestützt wurde, daß also für das zukünftige Ministerium nur ein linksgerichtetes Kabinett in Frage komme. Rechtsstehende Blätter vertreten jedoch den Standpunkt, daß nur Finanzminister Chéron, nicht aber Ministerpräsident Lardieu mit seiner Gesamtpolitik durch die Abstimmung berührt worden sei und daß logischerweise Lardieu wiederum mit der Kabinettsbildung betraut werden müsse. Andere Blätter erörtern die Frage, ob man nicht angesichts der internationalen Verhandlungen in Genf und in London Lardieu wiederum mit der Kabinettsbildung betrauen solle.

Die Blätter sind sich weiter darüber einig, daß die entscheidende Abstimmung über eine an sich durchaus nicht bedeutungsvolle Frage in der vollen und klaren Erkenntnis ihrer Tragweite erfolgt sei. Die Abstimmung sei der Ausdruck der Unzufriedenheit, die seit Beginn der Aussprache über den Haushalt von der Opposition geschürt worden sei. Die dem Kabinett Lardieu feindliche Abstimmung habe die Minister durchaus nicht überrascht, schreibt der „Petit Parisien“. Seit mehreren Tagen bereits sei gegen das Kabinett gearbeitet worden, wobei die Opposition die Meinungsverschiedenheiten ausgenutzt habe, die in zahlreichen Fragen zwischen dem Finanzminister und der Finanzkommission der Kammer bestanden. Das „Journal“ betont ebenfalls, daß die Finanzaussprache der Opposition ein günstiges Arbeitsfeld geboten habe. Das „Echo de Paris“ wendet sich voller Zorn gegen das Vorgehen gewisser Politiker, die die Erkrankung Lardiens zu ihrem Vorgehen ausgenutzt hätten.

Die Reichsbahn im Dienst der Russenflüchtlinge.

Wie die Kolonisten aus Sibirien befördert wurden.

Über 5000 deutschstämmige Kolonisten flüchteten gegen Ende des Monats Oktober 1929 aus Sibirien, nachdem sie ihr Hab und Gut verkauft hatten, in der Absicht, nach Kanada auszuwandern. Die Mehrzahl der Kolonisten gehört der Mennonitenfamilie an, zum geringeren Teil sind es Protestanten und Katholiken.

Da die kanadische Regierung, die die mennonitische Einwanderung an sich begrüßt, die Flüchtlinge zurzeit noch nicht aufnehmen kann, wurden diese einstweilen in dem deutschen Auswandererlager bei Hammerstein untergebracht. Zur Weiterbeförderung der über Moskau in Riga eingetroffenen Flüchtlinge sind zehn Sonderzüge nach Hammerstein gefahren worden, und zwar ein Sonderzug von Ostwinne für die über See in Swinemünde eingetroffenen Kolonisten und neun Sonderzüge für die auf dem Landwege von Riga nach Gdyluhnen beförderten Transporthen. In der Zeit vom 2. bis 13. Dezember 1929 wurden über beide Wege 3524 Erwachsene, 867 Kinder vom 4.—10. Lebensjahre und 871 Kinder unter vier Jahren, insgesamt 5262 Personen, befördert. Von deutscher Seite gestellte Schwestern und Samariter begleiteten die Sonderzüge ab Ostwinne und Gdyluhnen.

Für die von Riga nach Hammerstein gefahrenen neun Sonderzüge wurden von der Reichsbahndirektion Königsberg i. Pr. fünf Wagenparks eingesetzt, von denen drei von Riga bis Gdyluhnen und zwei von Gdyluhnen bis Hammerstein verkehrten. Sie bestanden je nach der Stärke der Transporte aus einem Gepäckwagen und 12—18 Personenwagen. In drei Zügen wurden zur Beförderung des umfangreichen Gepäcks noch besondere Gepäckwagen beigelegt. Die Menge des beförderten Gepäcks betrug auf der Strecke Riga—Gdyluhnen—Hammerstein 58 416 Kilogramm, auf dem Wege Ostwinne—Hammerstein 4000 Kilogramm, insgesamt 62 416 Kilogramm.

Um in dem Flüchtlingslager Hammerstein infolge eingetretener Massenerkrankungen zur Einrichtung von Krankenbaracken und sonstigen sanitären Räumen Platz zu schaffen, wurden von den hier eingelagerten 5282 Flüchtlingen 1644 Personen mit drei Sonderzügen nach Prenzlau und 452 Personen mit einem Sonderzug nach Mülln (Lauenburg) umgelagert. Von den in Prenzlau und in Mülln (Lauenburg) eingelagerten Deutschrussen wurden am 16. Januar d. J. 175 Personen von Mülln und am 23. Januar 109 Personen von Prenzlau zur Auswanderung über Hamburg nach Beddel (Oberseeheim der Papag) weiterbefördert.

Zur Verhütung der Einschleppung von Krankheiten waren weitgehende Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Bei der ärztlichen Untersuchung an der Übernahmestelle festgestellte kranke Personen wurden zurückgehalten. Die Flüchtlinge wurden von anderen Reisenden ferngehalten. Außerdem war angeordnet, daß das Zugbegleitpersonal, das mit den Transporten in Verbindung kam, sowie die benutzten Wagen nach jeder Fahrt dem nächstgelegenen Bahnhof zur gründlichen Desinfektion und Entlausung zugeführt wurden. Von den Aufenthaltshäusern der Sonderzüge wurden die zuständigen Polizeibehörden über das Eintreffen der Transporte benachrichtigt, um die Überwachung durch Polizeiorgane sicherzustellen. Die getroffenen Maßnahmen haben sich bewährt.

Was der Tag bringt.

Zählung der Reisenden im Jahre 1930.

Zur Überwachung der Wirtschaftlichkeit der dem Personenverkehr dienenden Züge finden alljährlich viermal, und zwar an drei hintereinander in der Mitte der Woche liegenden Werktagen und an dem anschließenden Sonntag, Zählungen der Reisenden und Plätze in allen Zügen des Personenverkehrs statt. Auf Grund dieser Zählergebnisse wird festgestellt, ob Zahl und Stärke der Züge den Bedürfnissen des Verkehrs angepaßt sind, insbesondere, ob die Züge vermehrt, vermindert, verstärkt oder geschwächt werden können. Im Jahre 1930 finden solche Zählungen an folgenden Werktagen und den anschließenden Sonntagen statt: am 11., 12., 13. und 16. Februar, am 20., 21., 22. und 25. Mai, am 12., 13., 14. und 17. August und am 11., 12., 15. und 16. November.

Wenn an einzelnen Tagen ein vom gewöhnlichen Durchschnitt abweichender Verkehr (Fest-, Ferien-, Renn-, Messverkehr und dergleichen) zu erwarten ist, so können von den Reichsbahndirektionen nach gegenseitigem Benehmen auch andere Zähltag festgesetzt werden.

Zur Erzielung zuverlässiger Ergebnisse bei den Zählungen der Reisenden und Plätze, die der Verteilung der Einnahmen des Personenverkehrs zugrunde gelegt werden, erfolgt die Auswertung der Zählergebnisse durch Ein-

beziehung der Kilometer unter Verwendung des Lochkartenverfahrens.

Der Zunderhaß der Engländer.

In der Deutschen Kolonialgesellschaft sprach Prof. Dr. Helmut von Glasenapp über das Thema „Die Zunderfrage in Süd- und Ostafrika“. Der Vortragende betonte, daß die soziale, die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Lage der Zunder in den verschiedenen Gebieten Süd- und Ostafrika eine andere wäre. In Südafrika erfüllen die Zunder eine ausgesprochene Unterordnung und eine den Eingeborenen gleichkommende Behandlung. Man fördere die Rückwanderung durch Verteilung von Prämien und erschwere den Erwerb von Handelslizenzen. Auch Grund und Boden seien für die Zunder in Südafrika nur schwer zu erlangen. Die Ursache hierfür sei der Zunderhaß des Engländers, der den anerkannt tüchtigen und fleißigen Zunder als billige Konkurrenz fürchte, aber Rassen- und Religionsfragen als Grund für seine einschneidenden inderseindlichen Gesetze vorgebe. Die Zunder wehrten sich durch passiven Widerstand und Boykott. In Portugiesisch-Afrika sei der Zunder dagegen gleichberechtigt mit dem Weißen, insbesondere auch im Wahlrecht. In Ostafrika nähmen die Zunder sogar eine gehobene Stellung ein und hätten sich wirtschaftlich besonders stark entwickelt. Die wirtschaftliche Verbreiterung der Zunder in Ostafrika nach dem Kriege sei darauf zurückzuführen, daß sie die deutschen Plantagen zu besonders günstigen Bedingungen erworben hätten. Die Weißen, die hier oft in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Zundern ständen, seien bereits gesellschaftlich mit ihnen verbunden. Wie sich die Zunderfrage in Afrika weiterentwickeln werde, sei nicht voraussehen, jedoch dürfe man eine weitere Ausbreitung der Zunder in Afrika als gewiß annehmen, da die Zahl der Rückwanderer in keinem Verhältnis zu dem Geburtenzugang stehe.

Konferenz der Arbeitsamtsvorsitzenden im Bezirk des Landesamtes Westfalen.

Am 13. Februar fand in Dortmund unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Erdmann eine Konferenz der Arbeitsamtsvorsitzenden im Bezirk des Landesamtes Westfalen statt, die sich mit zwei dringlichen Tagesfragen des Arbeitsmarktes befaßte: der Arbeitsmarktpolitik für Landwirtschaft und Baugewerbe.

Professor Wedmann-Dona sprach über die Probleme des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes: Der große Konstruktionsfehler unserer Volkswirtschaft liegt im Gegensatz der städtisch-gewerblichen Arbeitslosen und der Leutenot der Landwirtschaft. Im Westen hat die Zerstörung der Gefildeverfassung die Landarbeiterschaft herausgeschworen. Notwendige Maßnahmen sind: Den Nachwuchs des Bauerntums dem Lande zu erhalten (Nachschub), die Industriejugend dem Lande möglichst lange wieder zuzuführen (Rahmengesetz für landwirtschaftliches Gefilde, Prämien, gute Schlaf- und Aufenthaltsräume), hochwertige Spezialarbeiter auszubilden, Umschulungsmaßnahmen vorzunehmen, eine gute Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter zu organisieren.

Professor Knipping-Darmstadt schilderte die Zukunft der Bauwirtschaft, insbesondere auch die Frage der Eingruppierung auf Umfang und Gleichmäßigkeit der Bautätigkeit.

Die Arbeitsämter Westfalens und Lippes sind gerade an diesen Fragen stark interessiert, ist doch der Arbeitsmarkt für Jugendliche im Industriegebiet beim Vorherrschen des Bergbaues und der Metallindustrie besonders schwierig gelagert; die Vermittlung Jugendlicher aufs Land spielt auch unter dem Gesichtspunkt späterer Berufszuführung eine große Rolle. Das Abströmen der Landarbeiter in das schon übersehte Baugewerbe muß energig abgewehrt werden, das Zusammenrücken der Bautätigkeit als Spitzenleistung während weniger Sommermonate belastet die Arbeitslosenversicherung erheblich. Die Diskussion bedeutete einen Schritt weiter auf dem Wege zu einer einheitlichen Arbeitsmarktpolitik, die in ihrem Erfolg allerdings abhängt von der Vernetzung der Arbeitsämter durch die Arbeitgeber, da nur so die als notwendig erkannten Maßnahmen arbeitsmarktpolitischer Art durchgesetzt werden können.

Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsträgern Westfalens.

Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge sind wohl ein Anlaß, einen Rückblick auf diese Zeit zu werfen, besonders dann, wenn man das mit einem Gefühl der Befriedigung tun darf. Sie brachte reges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten der in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Reichsversicherungsträger: der Westfälischen Verbände der Krankenkassen, der Unfallversicherung, der Landesversicherungsanstalt Westfalen, der Ruhrknappschaff, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, des Hauptversorgungsamtes, Landesamtes und anderer beteiligten Träger. Im Schoße der Arbeitsgemeinschaft besteht eine Schlichtungsstelle zur friedlich-schiedlichen Beilegung von Meinungsverschiedenheiten, die aus der Arbeit entstehen könnten. Diese Gemeinschaftsarbeit hat dem Gründungsdenken voll zum Erfolge verholfen, eine auf Vertrauen aufgebaute, dringend notwendige Annäherung der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung herbeizuführen, die in gemeinsamer Arbeit den vielen gemeinsamen Belangen Rechnung tragen und alle Reibungspunkte ausschalten sollte. Damals schon war es der Gedanke der Rationalisierung der Arbeit, den die Versicherungsträger unter sich mit Erfolg durchführten zu einer Zeit, wo der Begriff noch kein Schlagwort war. Daß sie sich damit auf dem rechten Wege befanden, ist heute längst erwiesen. Eine starke, selbständige Organisation steht gefestigt da, gekrönt neuerdings durch Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft aller ihrer Spitzenverbände, deren noch kurze, aber eingreifende Tätigkeit in wichtigsten Dingen schon heute die Notwendigkeit auch ihrer Gründung vollauf gerechtfertigt hat. Die Versicherungsträger haben sich in ihrer Arbeitsgemeinschaft ein Instrument geschaffen, das für ihre Belange allein brauchbar ist, und dessen Notwendigkeit die Praxis jetzt 10 Jahre erwiesen hat. Als Unterausschüsse sind der Westfälischen Arbeitsgemeinschaft angegliedert: der Provinzialausschuß für hygienische Volksbelehrung, der Westfälische Tuberkulosausschuß, der Ausschuss für erste Hilfe; letzten Endes steht auch in starker Zusammenarbeit mit ihr der Westfälische Krebs- und Lupusverein, der von den Versicherungsträgern mit getragen wird. Man darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß die kommende Zeit die Erwartungen rechtfertigen wird, die man auch im Reichsarbeitsministerium und im Reichsversicherungsamt an die Gründung der Arbeitsgemeinschaften i. Jt. geknüpft hat; daß sie als selbständige, freiwillige Vereinigungen der

Reichsversicherungsträger wie bisher, zum Besten der Versicherten, und damit besonders der Allgemeinheit wirken werden.

Erntebewegung und Preisbildung.

Vom Deutschen Landwirtschaftsrat wird seit einigen Jahren monatlich eine Erhebung über die Vorräte an Getreide gemacht, die der Landwirt noch in den Händen hat bzw. noch verkaufen will. Diese Vorratsstatistik zeigt uns deutlich den Gang der Erntebewegung an und ermöglicht es uns, die Einwirkung des jeweiligen Vorratsbestandes auf die Preisbildung zu verfolgen. Zwar wird beim Weizen die gesamte Preislage auch für innen-deutsche Ware maßgebend bestimmt durch die überseeischen Ernten und die dortigen Weizenvorräte, jedoch zeigt ein Vergleich der deutschen Erntebewegung mit der Preisentwicklung deutlich, daß hier enge Zusammenhänge bestehen.

Mit großer Regelmäßigkeit erfolgt in den Erntemonaten bzw. kurz nach der Ernte ein scharfer Abfall der Preiskurve. Der niedrige Preis hält dann so lange an, wie der Bauer nennenswerte Vorräte in den Händen hat. In diesen Monaten folgt die Preisbewegung übrigens fast genau der Preisentwicklung auf den überseeischen Märkten. In den Frühjahrsmonaten sieht den Landwirten meist nur noch ein Bruchteil der Ernte zum Verkauf zur Verfügung. Nun steigen die Preise wieder. Der Handel, der jetzt Käufer der Ernte ist, versucht, die Zölspanne voll auszunutzen. Die Inlandspreisbildung ist wesentlich unabhängiger von der Preisentwicklung auf den überseeischen Märkten. Dieser Anstieg der Preise hält bis kurz vor der Ernte an, zu welcher Zeit dann wieder der Abfall erfolgt.

Deutlich erkennbar ist die Wirkung des im Herbst 1929 eingeführten Vermahlungszwanges für deutschen Weizen. Nicht nur die Vorratsmengen im laufenden Wirtschaftsjahr sind wesentlich niedriger und nehmen regelmäßiger ab als in den betreffenden Monaten der Vorjahre, auch die Preisentwicklung ist im Gegensatz zum Vorjahre beim Weizen erheblich günstiger. Das späte Einsetzen des Vermahlungszwanges hat es zwar nicht verhindern können, daß der Weizenpreis im September wesentlich sank; jedoch ist seitdem der Preisdurchschnitt nicht unerheblich gestiegen, während bisher das Steigen des Weizenpreises mit großer Regelmäßigkeit in jedem Wirtschaftsjahre erst dann einsetzte, wenn der Landwirt seine Ernte nahezu vollständig verkauft hatte.

Verwendet nur gesundes Saatgut!

Von Diplomlandwirt P. I. J. K. e., Berlin.

(Nachdruck verboten.)

Wie ich in einem früheren Aufsatz erwähnte, ist es leichter, Krankheiten vorzubeugen als zu heilen. Dieser wichtige Grundsatz gilt nicht nur für Mensch und Tier, sondern auch für unsere Kulturpflanzen. Bei Mensch und Tier heugen wir den Krankheitsreger durch „Impfen“ vor. Bei unseren Kulturpflanzen nennt man das Abtöten von schädlichen Schmarogerpilzen „Beizen“. Alljährlich gehen unserer deutschen Landwirtschaft und somit unserem Volksvermögen ungeheure Werte verloren. So beläuft sich allein bei Roggen der Verlust, der durch Schneeschimmel (Fusarium) verursacht wird, alljährlich auf 2½—3 Millionen Goldmark!

Wie sieht es nun in der Praxis mit dem Beizen des Saatgutes aus? Nach den mir vorliegenden Berichten von wissenschaftlichen Instituten, Leitern von Landwirtschaftsschulen, Versuchsringen usw. erfährt der Fachmann als auch der Laie, wie sorglos und nachlässig ein großer Teil unserer Landwirte unseren Pflanzenparasiten gegenüberstehen. Was nützt es, wenn z. B. in einem Kreise nur ein kleiner Bruchteil der Landwirte sein Saatgut beizt, und die große Masse es unterläßt, diese wichtige Maßnahme zu ergreifen?

Welche Beizmittel hat die chemische Industrie der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt?

Wir unterscheiden: die Raß-, Trocken-Beize und Ge-Ka-Be-Verfahren mit Germisan. Im Trockenbeizverfahren wird das Saatgut in einer Trommel mit gepulvertem Trockenbeiz in Berührung gebracht. Bei diesem Verfahren sind des öfteren Vergiftungserscheinungen vorgekommen, deshalb müssen die hantierenden Arbeiter eine Gasmaske tragen. Bei extremen Witterungsverhältnissen ist bei der Trockenbeize auf eine gewisse Unsicherheit hinzuweisen. Dies trifft zu sowohl bei langanhaltender Trockenheit während der Saatzeit als auch dann, wenn starke Niederschläge kurz nach der Aussaat erfolgen. Diese Tatsache hat Dr. Westermeyer, Friedrichswerth, in seiner Abhandlung „Raß-, Trockenbeize und Ge-Ka-Be-Verfahren“ in der Landwirtschaftlichen Fachpresse für die Tschachowlawski vom 13. Januar 1928 ausdrücklich festgestellt. Dies fällt bei dem Ge-Ka-Be-Verfahren vollkommen weg, da die Beizlösung direkt mit dem Samentorn in Berührung gebracht wird. Die vernichtende Wirkung der schädlichen Schmarogerpilze wird also schon bei dem Beizverfahren selbst hervorgerufen und nicht erst — wie bei der Trockenbeize — durch Auflösung des Beizpulvers im Boden.

Wenn kleinere Landwirte sich zur Anschaffung eines Apparates wegen des Anschaffungspreises nicht entschließen können, so rate ich sehr, den Aufkauf auf genossenschaftlichem Wege vorzunehmen. Landwirtschaftlichen Vereinen und Versuchsringen fällt hier im Interesse unserer Volksernährung eine sehr dankbare Aufgabe zu!

Nun wollen wir einmal den Rechenstift zur Hand nehmen, der heute ganz besonders scharf geführt werden muß: so kostet die Beizung von

	Ge-Ka-Be	Trockenbeize
50 kg Roggen	0,48 RM	0,56—0,80 RM
50 kg Weizen	0,48 RM	0,56—0,80 RM
50 kg Gerste	0,60 RM	0,84—1,12 RM

Beim Ge-Ka-Be-Verfahren benötigt man für:

50 kg Roggen	30 g Germisan in 2 l Wasser,
50 kg Weizen	30 g Germisan in 1½ l Wasser,
50 kg Gerste	37,5 g Germisan in 1½ l Wasser,
50 kg Hafer	60—80 g Germisan in 2 l Wasser.

Da ich aus bestimmten Gründen eine bestimmte Firma, von der ein Beizapparat zu beziehen ist, nicht nennen kann, so empfehle ich, bei der zuständigen Schule oder dem Versuchsring Auskunft einzuholen. Die Beizdauer beträgt nur 3 Minuten, darauf wird der Apparat geöffnet und das Saatgut in Säcke geschüttet. Es ist nur schwach angefeuchtet und braucht vor der Saat nicht erst zum Trocknen ausgebreitet zu werden.

Verursachen Sie! Nehmt Euch in Eurem eigenen Interesse und zum Wohle unserer deutschen Landwirtschaft meine obigen Ausführungen zu Herzen!

Steigerung der deutschen Lebensmittelfuhr.

Voreindeckung infolge der Zollerhöhungen.

Die Ausfuhr (einschließlich der Reparationslieferungen) mit 1092,3 Millionen Mark hat gegenüber dem Vormonat um 29,4 Millionen Mark zugenommen. Der Anteil der Reparationslieferungen an der Ausfuhr im Januar beträgt 58,8 Millionen Mark (Dezember 60,2 Millionen Mark).

Die Einfuhr hat etwas stärker zugenommen. Insgesamt sind für Januar 1294,9 Millionen Mark als Einfuhr festgestellt. Diese Zahl umfaßt aber neben der eigentlichen Monatszufuhr auch noch die Vorräte, die sich aus den Zollabrechnungen am Ende des Jahres ergeben. Ferner ist das Januarergebnis in der Einfuhr auch noch durch ein anderes nur einmalig wirkendes Moment, nämlich die Voreindeckung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Hinblick auf die Zollerhöhungen, beeinflusst.

Die Zunahme der Ausfuhr entfällt auf die Gruppen Fertigwaren (plus 20,4 Millionen Mark) sowie Rohstoffe und halbfertige Waren (plus 15,6 Millionen Mark). An der Steigerung der Einfuhr sind alle Warengruppen beteiligt. Die stärkste Zunahme (plus 170,2 Millionen Mark) weist auf den eingangs dargelegten Grund die Gruppe Lebensmittel und Getränke auf.

Verlaugung der Flottenkonferenz.

Folge der französischen Regierungskrise. In London haben die Führer der Delegationen beschlossen, die Flottenkonferenz mit Rücksicht auf die französische Regierungskrise bis zum 26. Februar zu vertagen.

Das italienische Memorandum zur Flottenfrage.

Das italienische Memorandum zur Flottenfrage ist am Mittwoch veröffentlicht worden. Es führt eine verständigungsreiche Sprache, doch hält Italien mit Entschiedenheit an der Forderung der Flottenparität mit Frankreich fest. Der wichtigste Teil des Dokuments ist die darin enthaltene Erklärung, daß ein Krieg mit Frankreich für Italien undenkbar sei.

Die französische Kabinettskrise dauert an.

Der Präsident der Französischen Republik hat seine Besprechungen mit den Parteiführern fortgesetzt. Er empfing die Senatoren Chaumert und Hervey sowie die Abgeordneten Paul Renaud, Daniélu, Leon Blum und Fougère. Der Abgeordnete Paul Renaud erklärte beim Verlassen des Elysees, er habe dem Präsidenten der Republik erklärt, seine Partei sei der Ansicht, daß die Abstimmung in der Kammer am letzten Montag nicht die allgemeine Politik der Regierung betreffe und daß es daher unter diesen Umständen als neuer Ministerpräsident in Frage zu kommen scheine. Der Sozialistenführer, Abgeordneter Leo Blum, sagte, er habe den Präsidenten der Republik darauf hingewiesen, daß die Sozialistische Partei bereit sei, die Regierung zu übernehmen, falls man sie ihr anbiete, daß sie auch bereit sei, eine radikale Regierung zu unterstützen, daß sie aber alles in ihrer Kraft Liegende tun werde, um ein Konzentrationsministerium am Weiterleben zu verhindern.

Genfer Gegensätze.

Kein positives Ergebnis der Aussprache.

Die allgemeine Aussprache in der Mittwochnachmittags-Sitzung der Völkerbundskonferenz bewegte sich im Rahmen allgemeiner gehaltenen Reden, die die gewünschte Klarheit hinsichtlich der Stellung der einzelnen Regierungen zum Völkerbundsgeheimnis vermieden. Die meisten Redner wandten die im Völkerbund seit Jahren geübte Methode an, einen neuen Vorschlag in der Weise abzulehnen, die zunächst theoretisch genehmte Zustimmung durch praktische Vorbehalte und Verschlebung des Verhandlungsschemas hinfällig zu machen. Allgemein ist daher in Konferenzkreisen der dringende Wunsch lebendig geworden, die uferlosen Reden theoretischer Natur möglichst schnell zu Ende zu führen, um sodann in den geschlossenen Kommissionsverhandlungen die tatsächliche Stellung der einzelnen Regierungen zu dem Völkerbundsgeheimnis festzustellen. Das Ausscheiden der französischen Abordnung infolge der Regierungskrise wirkt sich weiter störend aus.

Noch keine Entspannung am Arbeitsmarkt.

Weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit.

Der Eintritt kälter Winter mit Nachfrösten, heftigen Tagesstürmen und leichten Schneefällen hat in der Woche vom 9. bis 16. Februar zu einer weiteren schwachen Welle von Entlassungen aus den Außenberufen geführt. Infolgedessen trat die Entspannung, die man nach der bisherigen Entwicklung für Mitte Februar hätte erwarten können, noch nicht ein. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, also ungerechnet die Empfänger von Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, stieg um weitere 30 000 auf rund 2 290 000 an.

Seit Ende Januar liegt die Kurve der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um etwa 50 000 unter der des Vorjahres. Dieser geringen Unterschreitung der Vorjahrskurve darf man aber keinen symptomatischen Wert beilegen. Sie ist einmal nicht auf allen bezirkslichen Arbeitsmärkten erreicht. Wo sie eingetreten ist, beruht sie lediglich auf einer schwachen Fortführung von Hoch- und Tiefbauten, die im strengen Winter nicht möglich war.

Deutsche Kleingemeinden.

45 000 Ortschaften mit weniger als 500 Einwohnern.

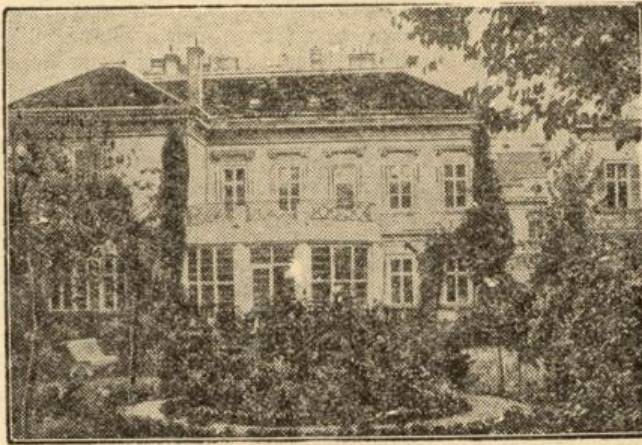
Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung gab es in Deutschland 63 580 Gemeinden, davon 60 132 mit weniger als 2000 Einwohnern. Von diesen kleinen Gemeinden wiederum hatten 11 839 weniger als 100 Einwohner. Weitere 33 740 Gemeinden hatten eine Einwohnerzahl von 100 bis 500. Es gibt also im Deutschen Reich rund 45 000 Gemeinden — das sind 75 Prozent — mit weniger als 500 Einwohnern.

Rösters Beisehung.

Sein Lebensgang.

Die Leiche des in Belgrad so plötzlich verstorbenen deutschen Gesandten Dr. Röster ist im dortigen Gesandtschaftsgebäude aufgebahrt worden. Nach der offiziellen Trauerfeier wird die Überführung nach Hamburg erfolgen, wo die Beisehung stattfinden soll.

Adolf Röster entstammte einer nordmärkischen Fischerfamilie. Er wurde am 8. März 1883 in Verden a. d. Aller als Sohn eines Zollbeamten geboren. In Hamburg, wo sein Vater amtlich tätig war, wuchs er auf, besuchte dort die Volksschule und das Gymnasium und studierte später Philosophie. Röster gehörte der Sozialdemokratischen Partei an. 1911 habilitierte er sich als Privatdozent in München, gab diese Laufbahn jedoch bald wieder auf und widmete sich dem Schriftstellerberuf, nachdem er vorübergehend die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart geführt hatte. Während des Krieges war er Kriegsberichterstatter an der Westfront. Nach der Revolution arbeitete Röster in der Reichsfinanzlei. Im April 1919 wurde er zum preussischen Gesandten in Hamburg ernannt und gleichzeitig als Reichskommissar mit der Leitung der Abstimmung in Schleswig betraut. Nach dem Kapp-Putsch wurde er Minister des Auswärtigen im damaligen Kabinett Hermann Müller. Infolge des Ausfalls der Wahlen von 1920 trat er mit der Regierung zurück, übernahm jedoch im zweiten Ka-



Das Sterbehaus des Gesandten Röster, das Gebäude der deutschen Gesandtschaft in Belgrad, wo der Verschiedene bis zu seiner Überführung in die Heimat aufgebahrt lag.

vinet Wirth im Oktober 1921 das Amt des Reichsministers des Innern. Im November 1922 wurde er zum Gesandten in Riga ernannt, bis er im März 1923 auf den Gesandtenposten in Belgrad berufen wurde.

Nachruf im Auswärtigen Amt.

In der Direktorenbesprechung des Auswärtigen Amtes in Berlin gedachte Staatssekretär v. Schubert in warmen Worten Dr. Adolf Rösters. Als Chef des Auswärtigen Amtes im Jahre 1920 wie auch als Kollege habe er sich viele Freunde erworben, die den Tod dieses lebensfrohen und lebensbejahenden Menschen tief betrauern. Als Gesandter in Riga und in Belgrad habe er sich sehr verdient gemacht und sei auch besonders in den ausländischen Kreisen sehr beliebt gewesen, da er für deren Interessen stets sehr warm eingetreten sei. Der Gattin und den Kindern des Verstorbenen bringe das Auswärtige Amt herzlichste Anteilnahme entgegen.

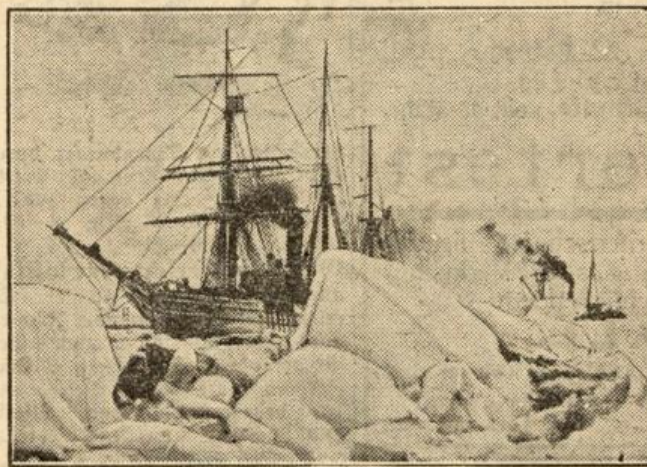
Beileid des Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat der Gattin des verstorbenen Diplomaten ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm gesandt. Auch der Reichskanzler und die gesamten Reichsminister schickten Trauertelegramme.

Byrds Heimkehr.

70 000 Meter Filmaufnahmen vom Südpol.

Die „City of New York“, das Expeditionsschiff des Südpolarforschers Byrd, ist nach stürmischer Fahrt, die 44 Tage gedauert hat, an der Expeditionsbasis Little America eingetroffen und von den Expeditionsmitgliedern, die dort zurückgeblieben waren, mit großem Jubel empfangen worden. Es soll nun sofort die Heimfahrt angetreten werden. Byrd will nur wertvolle Ladung mitnehmen, um die Verladung und mit ihr die Heimkehr nicht zu verzögern. Das bedeutendste Ladungsgut sind 70 000 Meter Filmaufnahmen vom Südpol.



Die „City of New York“, das Expeditionsschiff des amerikanischen Südpolarforschers Byrd.

Die russische Kirchenverfolgung.

Aktion der deutschen Protestanten.

Die aus dem ganzen Reich in Berlin versammelten Vertrauensmänner des deutschen Zweiges des protestantischen Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen bringen in einer Entschließung ihre tiefe Bewegung über die furchtbaren Drangsale der christlichen Glaubensbrüder in Sowjetrußland zum Ausdruck. Sie bitten den Vollzugsausschuß des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, alle Schritte zu unternehmen, die geeignet erscheinen, um das Los der bedrängten Christen in Sowjetrußland zu erleichtern, und diese Kundgebung allen Ländervereinigungen des Weltbundes bekanntzugeben. Der Vollzugsausschuß des Weltbundes tritt demnach in Brüssel zusammen.

Appell der englischen Freikirchen.

Der Nationalrat der Freikirchen in England, die in der Zahl ihrer Mitglieder der englischen Staatskirche gleichstehen, hat in einer Entschließung seinen „äußersten Unwillen“ über die „gotteslästerliche Gewaltanwendung gegen alle Form des religiösen Glaubens“ in Rußland ausgesprochen und die britische Regierung in dringender Form ersucht, alle verfügbaren Mittel bis zum äußersten anzuwenden, um diese Lage zu beseitigen, die, solange sie anhält, freundschaftliche Beziehungen zwischen der übrigen Welt und der Sowjetunion verhindern müsse.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halber, den 20. Februar 1930.

Wintermärchen.

Der Februar „stürmt“ seinem Ende entgegen, was aber nur scheinbar zu verstehen ist, da von Stürmen bisher nicht allzuviel zu verspüren war. Glücklicherweise! Und hoffentlich ändert sich das in der uns noch verbleibenden kalten Winterzeit nicht so sehr, daß wir noch im letzten Augenblicke Lügen gestraft werden. Aber wie dem auch sein und was auch noch kommen mag — so schlimm, daß wir darob verzweifeln müßten, kann es wohl kaum noch werden, und mit einigem Mut in der Brust können wir kühnlich behaupten, daß der Winter vorüber ist oder doch „so gut wie“. Winter? Wenn wir einst den Sänglingen von heute von diesem Winter unseres Vergnügens zu erzählen haben werden, werden wir ihn sicher als „Wintermärchen“ bezeichnen, als die märchenhafte, unglaublich würdige Meldung, daß er ein Winter im landläufigen Sinne dieses Wortes gewesen sei. Früher allerdings, sogar im vorigen Jahre noch — und sogar sehr! — verstand man unter „Wintermärchen“ etwas anderes und, man muß schon sagen, viel Schöneres. Ein „Wintermärchen“ — das war ein märchenhafter Winter mit Schneeflocken in der Luft und einer wattenweichen und wattenweichen dicken Schneedecke auf der Erde, mit Eiskristallen und prächtigen Eiszapfengebülden, die hin und wieder, wenn sie von der Wintermittagssonne intensiv bestrahlt wurden, zu tropfen begannen, mit klirrendem, knirschendem Frost, mit melodischem Schlittenschellengeläute, mit „natürlichen“, nicht erst im Dunkel der Nacht „gegossenen“ Eiszapfen, mit kaltem Mondlicht und blinkenden Sternen am wolkenlosen Nachthimmel, kurz, mit all den schönen Dingen, die zu einem richtigen Winter gehören. „Wenn schon Winter, dann ein solcher!“ mag da mancher laut vor sich hingedacht haben, selbst wenn er nicht auf Wintersport „wild“ war. Nur mit dem Frieren fand man nicht immer alles in Ordnung, aber „schließlich gibt sich das mal“, tröstete man sich in den besonders harten Tagen. Aber heute braucht man nicht einmal mehr diesen Trost und es scheint nur noch andeutungsweise, es friert nur noch andeutungsweise, und der ganze Winter geht unter der Märchenbeise: „Es war einmal...“ — nämlich Winter. Also kurz und gut: ein Wintermärchen — aber von der andern Art.

—* Der Preussische Landgemeindetag West zur Frage der Abänderung der Schuljahrs- und Ferienordnung. Im Preussischen Unterrichtsministerium wird zurzeit die Frage geprüft, ob die jetzige Schuljahrs- und Ferienordnung einer Abänderung bedarf. Es handelt sich um Vorschläge, die seitens der Ärzte- und Lehrerschaft gemacht worden sind und die auf eine Neuordnung des Schuljahres hinarbeiten in der Weise, daß das Schuljahr eine Dreiteilung erfahren und Ende Juli mit einer Ferienpause bis zu 10 Wochen endigen soll. Der Vorstand des Preussischen Landgemeindetages West hat sich mit dieser Frage beschäftigt und nachstehende Forderungen aufgestellt: 1. Beginn des Schuljahres zu Ostern unter endgültiger Festlegung des Zeitpunktes von Ostern, 2. jährlicher Austausch des Hauptferienmonats in Ost und West, 3. mäßige Verlängerung der Sommerferien. In allen übrigen Punkten hielt der Vorstand die Beibehaltung der jetzigen Regelung, unter Berücksichtigung der Interessen der Landbevölkerung, für unbedingt notwendig.

Halber

—& Am verflossenen Samstagabend hielt die Gardevereinigung Halber im Hofel zur Post ihre erste diesjährige Versammlung ab, die recht gut besucht war. Der Vorsitzende Wilhelm Weyland gab in seiner Eröffnungs- und Begrüßungsansprache seiner Freude darüber Ausdruck, worauf er den Jahresbericht erstattete. Nachdem der von Carl Schaffland erstattete Kassienbericht geprüft und stimmend befunden war, wurde dem Kassierer unter dem Ausdruck des Dankes für korrekte Kassienführung Entlastung erteilt. Die beiden folgenden Punkte der Tagesordnung, über die sich eine sehr lebhafte Aussprache entwickelte, wurde wegen verschiedener noch herrschender Unklarheiten bis zur nächsten im Mai stattfindenden Versammlung zurückgestellt. Ueber die Veranstaltung eines Konzertabends soll alsdann auch endgültig entschieden werden. Lehrer Kurze hielt nunmehr einen Vortrag von einstündiger Dauer, der allgemeine Anteilnahme erweckte und zum Schluß lebhaften Beifall auslöste. Der Vorsitzende gab dem Danke Ausdruck und wünschte, daß auch in Zukunft weitere Vorträge dem Verein geboten werden möchten. Robert Kinkel gab verschiedene militärische Erzählungen und Anekdoten zum Besten. In seiner Schlussrede erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, auch in Zukunft der Gardevereinigung die Treue zu halten und für einen regen Besuch der Versammlungen zu sorgen. Sie klang aus in einem Hoch auf das deutsche Vaterland und dem Reichspräsidenten von Hindenburg.

—(!) Nur einmal im Jahr ist Karneval und in Halber ist Großer Preis-Maskenball. So schreibt uns der Radfahrerverein Halber 1901. Wie im vorigen Jahre, so auch in diesem wird der Karneval vom humorliebenden Publikum mit Spannung erwartet. In bunter Reihenfolge werden in dem Saale der Karlshöhe ab 18 Uhr Kunst-, Schulfest- und Tanz miteinander abwechseln. Musikvorträge der lustigen Bederschen Kapelle werden in erster Linie dazu beitragen, die Stimmung zu heben. Die Preisverteilung für den Maskenball soll sich dem vorjährigen bewährtem System wieder anschließen. Jede Maske wählt nacheinander ihren Preis. Die Preise werden ab Samstag, dem 22. Februar im Schaufenster der Firma Carl Fahrenrath ausgestellt und wird sich ein jeder davon überzeugen, daß es sich bei solchen Preisen lohnt, mit zu konkurrieren. Darum aufgemerkt, am 2. März ist Karneval mit großem Scherz.

—!! Lichtspiele Carlshöhe. Am Sonnabend und Sonntag gibt es in den Lichtspielen Carlshöhe eine Sensation. Johannes Bücker, genannt Schinderhannes ist zu sehen. Wohl jedes Kind kennt diesen Namen, denn ganze Generationen zitterten vor diesem gefürchteten Banditenchef und tollkühnen unglaublich tapferen Räuberhauptmann. Die herrlichen, sonnigen Rheinlande sind die Heimat dieses Räuberkönigs. Er war der Schrecken der Ungerechten und Hässlichen, während er von zahllosen Armen und Unterdrückten als ihr Wohltäter und Befreier gepriesen wurde. Seit jener Stunde, wo er durch ein himmelschreies Unrecht an den Pranger gebunden und gebrandmarkt worden war, erfüllte den jungen Mann ein unerfülllicher Nachdurst. Der ungerecht Mißhandelte schwur grausame Vergeltung zu üben an allen, welche Arme, Unglückliche und Hilflose erbarmungslos knechten und unterdrückten. Diesen fürchterlichen Schwur hat er leider nur zu gewissenhaft gehalten. Wälder und Berge wie ein wildes Tier durchschleichend, überfiel er mit seiner Bande reiche Kaufherren. Er verteilte den Raub nicht unter seine Genossen, sondern auch unter die Armen und Notleidenden. Jeder Besucher wird an dem Schicksal dieses Mannes, der auf dem Schafott geendet, den wärmsten Anteil nehmen. Wohl alle werden Mitleid mit ihm haben und nur wenige werden ihn verdammen. — Ferner wird ein Film nach dem Drama von Leo Tolstoi — Der lebende Leichnam — über die weiße Wand rollen. Dieser Film steht in seiner Art noch über Potemkin und Sturm über Asien. Auch dieser Film trägt

die Züge der Meisterschaft, mitreißend und aufreizend sind besonders die Bilder der Zigeunerzigen. Ein ansprechendes Beiprogramm wird ebenfalls gezeigt.

Schalksmühle

Die Ortsgruppe Schalksmühle im Deutschen Handlungsgesellschaftsverband hielt im Kaffeehaus Schulz ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab, die vom 1. Vertrauensmann Prokuristen W. Berges eröffnet und geleitet wurde. Derselbe gab einen ausführlichen Bericht über das verflossene Jahr im Geschehen des D. S. B. Vor allem galt sein Lob der Jugend, ganz besonders dem Jugendobmann Kollegen Alfred Heggemann. Die Wahl des Vorstandes erbrachte folgendes: 1. Vertrauensmann Wilhelm Berges, 2. Paul Seip, der zugleich das Amt des 2. Schriftführers inne hält, 1. Schriftführer Alb. Hohage. Zum Bildungsobmann wurde Ernst Dige und zum Jugendobmann wiederum Alfred Heggemann bestimmt. Besonders rege war die Aussprache zur Belebung der Ortsgruppe und waren die Anregungen des 2. Vertrauensmannes von ganz besonderer Beachtung. Es sollen im Laufe des Jahres belebende und bildende Vorträge stattfinden. Durch Familienabende ein näheres Kennenlernen der Angehörigen zu ermöglichen, sollen dieselben in gewissen Umständen abgehalten werden. Die Loyalität vieler Kollegen soll durch die Verleihung von Prämien für regelmäßigen Besuch gesteigert werden. Unter Punkt Verschiedenes kamen einige interne Angelegenheiten zur Verhandlung, wonach Schluß der Versammlung erfolgte.

Brücke, 20. Febr. Generalversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Brücke. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Heinrich Dominighaus sen. eröffnet die Versammlung um 9 Uhr und gedachte des verstorbenen Kameraden und Ehrenmitglieds Ernst Hohnel. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Zum Punkt 1: Jahresbericht ergreift Brandmeister Aug. Niggemann das Wort und führt folgendes aus: Die Wehr zählte 1929 67 aktive und über 200 passive Mitglieder. Es fanden zwei Generalversammlungen, 7 Vorstand- und Kommandoitzungen, 13 Übungen und eine Nachübung statt. Ferner wurde die Wehr 5 mal alarmiert, wobei sie zweimal nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Zu Punkt 2: Kassenbericht, gibt der Kassierer Kamerad Willmeyer den Bericht. Die Kasse schließt mit einem Kassenbestand von 173,15 RM. ab. Sie wurde geprüft und für richtig befunden, worauf man dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 3: Vorstand- und Kommandowahl: Der Vorstand und das Kommando wurden einstimmig wiedergewählt. Zu Vertretern der Wehr auf der Kreisverbandsitzung in Brüninghausen wurden bestimmt die Kameraden August Niggemann und Hermann Schmiedt sowie zur Provinzial-Verbands-Tagung in Münster die Kameraden August Niggemann und Gustav Willmeyer. Am dem am 16. März stattfindenden Volkstrauertag nimmt die gesamte Wehr teil. Es erfolgten einige Neuaufnahmen von Mitgliedern. Nach einigen Dankesworten des Vorsitzenden über die lebhafte Aussprache schloß dieser die Versammlung mit einem kräftigen „Gut Schlauch!“

Leichlingen, 18. Febr. Eigenartige Auto-Kaballiere. Betriebsstoff ohne Bezahlung. Das Huhn für den Suppentopf. Ein elegantes Auto fuhr vor einer Tankstelle vor. Man ließ 25 Liter Benzin und dazu einen Liter Öl aufgeben und bat dann, ehe man bezahlte, um eine Quittung über den Betrag, die man dem Autobesitzer vorlegen müsse. Bereitwillig ging der Tankstelleninhaber in sein Haus, um eine Quittung auszustellen. Wer beschrieb aber seine Wut und sein Erschauen, als er wenige Minuten später seine noble Kundschaft nicht mehr vorfand; sie hatte sich mit dem „billigen“ Betriebsstoff dabongemacht. — Eine ähnliche Geschichte passierte kurz darauf einer Bauersfrau. Ein Huhn, das auf die Straße gelaufen war, wurde von einem nicht minder eleganten Personenauto überfahren. Einer der Insassen stieg aus, nahm das tote

Tier unter den Arm und verschwand damit im Wageninnern. Zu Hause wird er dem Huhn wohl ein gebührendes Begräbnis im Suppentopf gegeben haben.

Kraftverkehr Wupper Sieg A.-G. Kraftverkehr Olpe A.-G.

Aus Wipperfurth wird geschrieben:

In Zusammenarbeit des Kraftverkehrs Wupper-Sieg und der Kreisverwaltung Olpe ist für den Kreis Olpe in Westfalen eine kommunale Kraftverkehrsgesellschaft gegründet worden. Die Betriebsgrundlage hierfür wurde dadurch geschaffen, daß zwei private Betriebe der von Herrn Koopmann-Meinerzhagen und der von Herrn Becker-Olpe auf die neue Gesellschaft übergingen. Der Koopmannsche Betrieb kann als werkvoll bezeichnet werden, sowohl hinsichtlich des Materials (Wagen, Garagen, Reparaturwerkstatt), als auch der Organisation und kaufmännischen Leitung. Es wurde daher eine angemessene Vergütung mit Herrn Koopmann vereinbart und Herr Koopmann selbst als Betriebsleiter übernommen. Der Becker'sche Betrieb war unrentabel, er kam ganz von selbst zur Stilllegung durch Vollstreckungsverhandlungen der Gläubiger des Herrn Becker. Der Betrieb konnte nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß sofort nach seiner Stilllegung der Kraftverkehr Wupper-Sieg die Linien der Becker'schen Linien ausführte, nachdem bereits vorher ein Uebernahmevertrag zwischen Herrn Koopmann und der Wupper-Sieg bezüglich des Koopmann'schen Betriebes abgeschlossen war. Ein Vertrag mit Herrn Becker kam nicht in Betracht.

Die Uebnahme der Linien auf den Kraftverkehr Olpe geschah unter Verständigung des Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg.

Das Kapital der Kraftverkehr Olpe Aktiengesellschaft beträgt 250.000,— RM. Hieron entfallen auf den Kreis Olpe (Stadt Olpe, Amt Kirchhundem, Amt Wilfsen) 130.000,— RM., auf den Kraftverkehr Wupper-Sieg 120.000,— RM. Die Finanzierung erfolgt aus Betriebsmitteln der Wupper-Sieg. Die Aufnahme einer Anleihe ist nicht erforderlich.

Die Gesellschaftsstatuten sehen vor, daß der Kraftverkehr Wupper-Sieg die Betriebsführung der Kraftverkehr Olpe A.-G. leitet, und daß beide Gesellschaften den gleichen Vorstand haben.

Für die Gemeinde Meinerzhagen und den Kreis Altena sind Beteiligungsmöglichkeiten vorgesehen. Die Interessen sowohl des Kreises Olpe wie des Kraftverkehrs Wupper-Sieg sind statutarisch ausreichend gesichert. Die enge Verbindung von Kraftverkehr Wupper-Sieg und Kraftverkehr Olpe kommt, abgesehen von dem einheitlichen Vorstand und der Kapitalbeteiligung, auch noch dadurch zum Ausdruck, daß der Landrat von Olpe in den Aufsichtsrat der Wupper-Sieg und der Landrat von Wipperfurth in den Aufsichtsrat des Kraftverkehrs Olpe eintreten.

Für den Kreis Olpe ist die Neuregelung insofern sehr vorteilhaft, als sie der Verkehrszerpitterung im Kreisgebiete ein Ende macht. Diese drohte besonders deshalb äußerst unangenehm zu werden, weil ein Ausgleich zwischen Ueberfluß und Zufußlinien nicht möglich war. Außerdem bringt die Wupper-Sieg als Betriebsführerin eine technisch und kaufmännisch moderne Organisation mit, welche dem Kreise Olpe betrieblich wie finanziell zugute kommen wird. Für den Kraftverkehr Wupper-Sieg bedeutet die Verbreiterung seiner Betriebsgrundlagen (der Kraftverkehr Olpe betreibt 7 Linien mit im ganzen 360.000 Wagenkilometern im Jahre) die Möglichkeit günstigeren Einkaufs, bessere Ausnutzung seiner Materialreserven, Senkung seiner Generalunkosten, Vorteile die hiermit von selbst für den Kraftverkehr Olpe entstehen. Für beide Gesellschaften eröffnen sich neue Möglichkeiten durchgehender Linien. Die Hauptträger der beiden Gesellschaften, der Kreis Wipperfurth und der Kreis Olpe erfahren durch die Zusammenfassung eine nicht zu unterschätzende Hebung ihres Ansehens.

Fabrikant von Räubern entführt.

Verschwinden eines Deutschen in Mexiko.

Der in der Stadt Mexiko ansässige deutsche Glasfabrikant Hildebrand ist von Banditen in seinem Haus überfallen und entführt worden. Die Polizei hat Nachforschungen nach den Räubern aufgenommen. Es wird vermutet, daß Hildebrand gefangen gehalten wird, um von ihm ein hohes Lösegeld zu erpressen.

Welt und Wissen

v. Ein Professor, der nie studiert hatte. In Berlin starb der Universitätsprofessor Dr. h. c. August Hermann Franke. Der Verdächtige, der niemals studiert hatte, erwarb sich als Missionar im Gebiet des Himalajas solche Kenntnisse des Tibetischen, daß er im Jahre 1911 von der Universität Breslau zum Ehren doktor ernannt und 1925 als Professor für Tibetisch an die Universität Berlin berufen wurde.

v. Bekämpfung der Atemnot bei Herzkranken. In der Wiener Gesellschaft der Ärzte machte der Arzt Dr. Alfred Vogl bedeutende Mitteilungen über die Ergebnisse seiner Forschungen zur Bekämpfung der Atemnot bei Herzkranken. Bis jetzt konnte man dieses Leiden immer nur durch Anwendung norfotischer Mittel beruhigen, aber fast immer nur für kurze Zeit. Dr. Vogl aber hat ein Beruhigungsmittel gefunden, das durch Belebung der Atmung eine rasche und anhaltende Wirkung erzielt. Auch bei Atemstörungen, die in der Abwehrleistung frampfhafte Atemstöße mit völligen Atempausen bestehen, erweist sich das neue Mittel, das völlig unangst ist, als durchaus wirksam: es verhilft dem Kranken zur Erleichterung und zu dem erhofften Schlaf. Bei Veratigungen verschiedenster Art (Morphium, Veronal usw.) können selbst Tiefbewußtlose durch das Voglsche Mittel fast sofort wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 19. Februar.

Großfeuer in einer chemischen Fabrik.

Ludwigshafen. Im Moschushaus der chemischen Fabrik von Dr. Friedrich Raschig brach Feuer aus, dem bald zwei große Behälter zum Opfer fielen. Da ein weiterer in der Nähe der Straße stehender Behälter zu explodieren drohte, wurde die ganze Umgebung der Brandstätte abgesperrt. Alle verfügbaren Feuerwehren aus Ludwigshafen, Mannheim und der Umgegend und die Betriebsfeuerwehr bekämpften den Brand.

Tumult in einer politischen Versammlung.

Breslau. Die Breslauer Neuesten Nachrichten melden aus Langenbielau: Kommunisten versuchten eine nationsozialistische Versammlung zu sprengen. Der kommunistische Redakteur Brodke aus Breslau, der am Abend vorher in Reichenbach festgenommen worden war, als er dort eine politische Versammlung zu stören versuchte, war der Rädelstührer. Die Polizei entfernte Brodke aus dem Saal. Hierbei erhob sich ein wilder Tumult der kommunistischen Begleiter Brodkes. Sie warfen mit Biergläsern, zertrümmerten Fenster Scheiben und gingen unter Abfeuern der Internationale zu weiteren Tätlichkeiten über. Die Kommunisten wurden schließlich aus dem Saal gedrängt. Sie versuchten alsdann mit ihren Genossen geschlossen durch die Stadt zu marschieren. Einem stärkeren Polizeiaufgebot gelang es unter Anwendung des Gummistockes, die Menge zu zerstreuen. Zwei Autos mit Nationalsozialisten wurden von den Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen.

Bier Großfeuer in Mecklenburg.

Das südwestliche Mecklenburg wurde von vier verheerenden Bränden heimgesucht, denen mehrere Hoffstellen zum Opfer fielen. Zwei Anwesen wurden im Dorfe Göhren bei Erbitz vernichtet. In Wandow brannten zwei Wohnhäuser und Scheunen ab. In Mitten bei Erbitz fiel eine Säulerei einem Brande zum Opfer. In Brade bei Boizenburg an der Elbe wurde ein Dreifamilienwohnhaus eingestürzt. Bei allen Bränden wurden große Inventarwerte und Erntevorräte vernichtet.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Ueber das Vermögen des Fabrikanten Adolf Samel zu Oberbrügge, alleinigen Inhabers der eingetragenen Firma Adolf Samel zu Oberbrügge (Eisenwaren- und Baubeschlagfabrik) ist heute 18 Uhr der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt Klingenberg zu Lüdenscheid. Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 5. März 1930. Anmeldefrist bis zum 7. März 1930. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 17. März 1930, 10 Uhr im hiesigen Amtsgericht, Philippstr., Zimmer 70.

Lüdenscheid, den 17. Februar 1930.

Das Amtsgericht.

Am Samstag, dem 22. Februar 1930 nachm. 4 Uhr verkaufen wir auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung ein Grundstück auf dem Heedberge 64,43 ar (Ackerland) ein Grundstück auf der Breiten Eid, Größe 23,41 ar (Baugrundstück und Wiese, frühere Vollm. Besitzung) öffentlich, meistbietend. Die Verkaufsbedingungen werden vor Beginn der Versteigerung bekannt gegeben.

Spar- und Darlehnskasse Kierspe.

Eine Frage?

die eigentlich keiner Erwähnung bedarf, ist die: Wo inseriere ich am zweckmäßigsten? Selbstredend in dem Allgemeinen Anzeiger und dem Schalksmühler General-Anzeiger.

Der Turn-Verein Ennepe

feiert

Sonnabend, den 22. Februar 1930, abends 7.30 Uhr im Vereinslokal Schulte, sein diesjähr.

Winterfest

bestehend aus turnerischen u. theatralischen Aufführungen, sowie Verlosung und anschließendem

BALL.

Passive Mitglieder, Freunde und Gönner sind herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Turnverein Kierspe e. V. 1879.

Am Samstag, dem 22. cr. abends 8 Uhr

in der Kubbierschen Festhalle

Unterhaltungsabend

bestehend in turnerischen und theatralischen Vorführungen.

Kunstturnen am Pferd, Barren, Reck und Freilübungen der 1. Klasse des Turnvereins Grünewald, Lüdenscheid.

Verlosung und TANZ!

Musik: Stadt. Orchester Lüdenscheid.

Eintritt frei.

Um recht zahlreichen Besuch bittet:

Der Vorstand.

Frische Seefische Pfund von 25 Pfg. an.

Lausberg, Hochstraße 4.

Uhren Gold- und Silberwaren. Ia. Qualität billig bei:

Uhrmacher Bräuer, Bollwerk.



der echten mit Oldenburger durchzüchteten westfäl. Edelschaff. Langgestreckt, breitbucklig und mit Schlappohren, die besten zur Zucht und Mast. 6-8 wöch. 28-33 Mk., 8-10 wöch. 33-36 Mk., 10-12 " 36-40 " 12-15 " 40-44 " **Groß. Läuferferkel** billigt nach Gewicht alles per Nachnahme ab hier. Es kommt nur ganz reife Ware direkt vom Fächterstall, daher frisch und widerstandsfähig, zum Versand. Garantie für gesunde Ankunft nach 8 Tage nach Empfang. Fordern Sie kostenlos Referenzen von unserer seit 1890 bestehenden Firma. Werbung um Dauerkundschaft besagt reellste Bedienung.

Riermann, Ferkelgroßversand, Windelsbleiche i. Westf. Seither größtes und ältestes Versandgeschäft am Plage.

Weltruf!

genießen die

Abfah-Ferkel



Gast- und Schenkwirtschaft, Gustav Böhle, Halber.

Samstag, den 22. und Sonntag, den 23. Febr.

Bock-Bierfest

Auf nach Deckinghausen!

Restaur. zum Deutschen Eck.

Sonntag, den 23. Februar abends 6 Uhr:

Masken-Ball

mit Preisverteilung, In festlich dekorierten Räumen. Stimmung Jazzmusik. Kein Maskenzwang.

Humor

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 21. Febr.

1930, 12 Uhr, sollen in

Halber, Hotel zur Post,

bzw. an Ort und Stelle

1 Klavier,

1 Glaschrank,

3 Büffets,

1 Radioanlage,

1 Sofa,

1 Kuh,

Öffentlich meistbietend gegen

Barzahlung versteigert werden.

Lüdenscheid, den 20. Febr. 30.

Buchmann,

Gerichtsvollzieher kr. A.

In 3 Tagen

Nichtraucher

Auskunft kostenlos: Sanitäts-Depot, Halle a. S. 208 a.

Wir empfehlen un-

halten auf Lager vor-

rätig:

Erbsenmehl,

Schafschrot,

Rapskuchen,

Rapskuchenehl,

Palmkuchen,

Palmkernschrot,

Leinmehl,

Weizenkleie,

Gerstenschrot,

Zuckerschmelz.

Bürger & Lausberg,

Halber Tel. 326.

Habe Freitag hoch-

tragende

Rühe

Wilh. Schoppmann,

Linge.